Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7633**

17. Wahlperiode 08. 11. 2011

Antrag

der Abgeordneten Dr. Matthias Miersch, Dirk Becker, Marco Bülow, Gerd Bollmann, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Ulrich Kelber, Dr. Bärbel Kofler, Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Frank Schwabe, Ute Vogt, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Monitoring für versenkte Atommüllfässer im Atlantik sicherstellen und Maßnahmen gegen weitere Strahlenexposition einleiten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1967 versenkte die Bundesrepublik Deutschland radioaktiven Abfall aus deutschen Forschungsanlagen im Nordostatlantik. Weitere acht Staaten folgten diesem Beispiel und versenkten bis 1982 an acht Stellen ebenfalls ihre radioaktiven Abfälle im Meer.

Insgesamt liegen gegenwärtig über 220 000 Fässer mit mehr als 114 000 Tonnen schwach- und mittelradioaktiven Abfällen auf dem Meeresgrund in bis zu 5 000 Metern Tiefe.

Ein Positionspapier von April 2010 der OSPAR-Kommission (Kommission zum Schutz und zur Erhaltung des Nordostatlantiks und seiner Ressourcen) stellte erhöhte Konzentration verschiedener anthropogener Radionuklide, u. a. auch von Plutonium 238 in den Versenkungsgebieten fest. Dies deutet auf Lecks in den Fässern hin.

Eine über Dauer immer stärker werdende radioaktive Verseuchung über große Teile der betroffenen Gewässer ist ökologisch nicht vertretbar. Da in den betroffenen Gebieten zudem Fischfang betrieben wird, besteht die Gefahr, dass die Radionuklide über die Nahrungskette auch in den Menschen gelangen.

Daher ist es erforderlich, dass die lagernden Fässer auf konkrete Strahlung hin untersucht werden, um so Strahlenquellen den Verursachern direkt zuordnen und sie so in ihre Verantwortung übergeben zu können. Darüber hinaus muss Klarheit darüber herrschen, ob und wie schadhafte Abfallbehälter geborgen und sicher entsorgt werden können oder welche anderen Möglichkeiten bestehen, um eine weitere Emission von Radioaktivität zu verhindern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– sich in der OSPAR- und in der EU-Kommission sowie bei der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) für eine kontinuierliche Messung der radioaktiven Belastung in den betroffenen Versenkungsgebieten einsetzen,

– die Ergebnisse in regelmäßigen Abständen zu veröffentlichen,

– auf Basis der erhobenen Daten einen Bericht über Optionen zur Bergung oder sonstige Möglichkeiten für einen sicheren Einschluss gefährlicher Behälter vorzulegen und

– auf dieser Basis entsprechende Maßnahmen unilateral sowie gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit der EU und der IAEO einzuleiten.

Berlin, den 8. November 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333